

# Schriften zum deutschen und europäischen Kommunalrecht

Herausgegeben von  
Professor Dr. Dr. h.c. Eberhard Schmidt-Aßmann  
und Professor Dr. Friedrich Schoch

Band 44

RICHTER

## **Institutionalisierte öffentlich-private Partnerschaften der Gemeinden in Deutschland und Frankreich**

 | BOORBERG

# **Institutionalisierte öffentlich-private Partnerschaften der Gemeinden in Deutschland und Frankreich**

Auf dem Weg zu einem europäischen  
Gesellschaftsmodell

Angela Richter

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek | Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

ISBN 978-3-415-05088-4

E-ISBN 978-3-415-05229-1

© 2013 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Thomas Schäfer, [www.schaefer-buchsatz.de](http://www.schaefer-buchsatz.de) | Druck und Bindung: freiburger graphische betriebe GmbH & Co. KG, Bebelstr. 11, 79108 Freiburg

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharstraße 2 | 70563 Stuttgart  
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden  
[www.boorberg.de](http://www.boorberg.de)

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2012 von der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam als Dissertation angenommen. Sie befindet sich nach einer Aktualisierung auf dem Stand von Dezember 2012.

Während der Anfertigung dieser Untersuchung wurde ich von vielen Menschen unterstützt. Mein Dank gebührt zuerst meinem Doktorvater und Betreuer Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt, für die konstruktive Begleitung dieser Arbeit sowie für die interessante und lehrreiche Zeit, die ich als wissenschaftliche Hilfskraft an seinem Lehrstuhl erfahren durfte.

Danken möchte ich zudem PD Dr. Norbert Janz für die besonders rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Prof. Dr. Friedrich Schoch danke ich für die Aufnahme in diese Schriftenreihe.

Diese Arbeit konnte nicht ohne die wertvolle Hilfe von Freunden und Kollegen entstehen. Ich danke Torsten Dube und Dr. Günther Kolende, die die Mühe auf sich nahmen, das gesamte Werk zu lesen und manchen Verbesserungsvorschlag unterbreiteten. Für wertvolle Gespräche und persönliche Unterstützung danke ich Nicole Meerstedt und Jeanne Dupendant.

Den größten Dank schulde ich meiner Familie. Ohne die stetig aufmunternden Worte sowie die großzügige und liebevolle Unterstützung meiner Eltern wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Berlin, im Dezember 2012

Angela Richter



# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	17
<b>Einführung</b> . . . . .	23
A. Problemstellung . . . . .	23
B. Diskussionsstand des Begriffs institutionalisierte öffentlich-private Partnerschaften (IÖPP) . . . . .	26
C. Abschnitte der Untersuchung und Schwerpunktsetzung . . . . .	29
<b>Erstes Kapitel. Die kommunalen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland</b> . . . . .	30
Erster Abschnitt. Das Phänomen der kommunalen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften . . . . .	30
A. Die historische Entwicklung der öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) . . . . .	31
B. Die Bedeutung und die Einsatzmöglichkeiten von ÖPP auf kommunaler Ebene . . . . .	32
C. Rechtliche Grundlagen der kommunalen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft . . . . .	35
I. Die verfassungsrechtliche Legitimation der wirtschaftlichen Betätigung von Gemeinden . . . . .	35
1. Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG als Legitimationsgrundlage für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden . . . . .	35
2. Bedeutung der Grundrechte des Grundgesetzes . . . . .	37
a) Grundrechte und kommunale Unternehmen in Privatrechtsform . . . . .	38
b) Grundrechte und kommunale gemischtwirtschaftliche Unternehmen . . . . .	39
3. Landesverfassungsrechtliche Grundlagen . . . . .	43
II. Die einfachgesetzlichen Beschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden . . . . .	44
1. Der numerus clausus der Organisationsformen des Kapitalgesellschaftsrechts . . . . .	44
a) Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung . . . . .	44
b) Die Aktiengesellschaft . . . . .	45
c) Die Kommanditgesellschaft auf Aktien . . . . .	46
2. Die Beschränkungen in den Gemeindeordnungen und Kommunalverfassungen . . . . .	46
a) Allgemeine kommunalverfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	48
(1) Das Erfordernis eines rechtfertigenden öffentlichen Zweckes . . . . .	48

(2) Die Grenzen der Leistungsfähigkeit und des Bedarfs	49
(3) Die Subsidiaritätsklausel	50
(4) Das Örtlichkeitsprinzip	51
b) Besondere kommunalverfassungsrechtliche Grenzen für kommunale Unternehmen in Privatrechtsform	52
c) Keine besonderen Regeln für gemischtwirtschaftliche Unternehmen	53
3. Vergaberechtliche Vorgaben für gemischtwirtschaftliche Unternehmen	54
III. Die Vorgaben europarechtlicher Normen	55
1. Die Geltung der EU-Grundfreiheiten	56
2. Die Anwendung der EU-Normen	58
3. Die Regelungen der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung	60
D. Abgrenzung zu anderen Formen öffentlich-privater Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene	62
I. Die Beteiligung von Kommunen an weiteren Gesellschaften des Privatrechts	62
II. Die Beteiligung von Privaten an öffentlich-rechtlichen Einrichtungen der Kommunen	63
III. Die vertraglichen ÖPP	66
1. Betreiber- und Betriebsführungsmodelle	66
2. Vertragliche ÖPP im öffentlichen Hochbau	67
IV. Andere Unterscheidungsmöglichkeiten	69
Zweiter Abschnitt. Die kommunalen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften im Spannungsfeld zwischen Gesellschaftsrecht und Kommunalrecht	70
A. Das Gesellschaftsrecht als Grundlage	71
I. Die Entstehung der kommunalen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft	72
1. Die Gründung der GmbH	72
a) Formelle Gründungsvoraussetzungen	72
b) Gründungsmängel	72
2. Die Gründung der AG	73
a) Formelle Voraussetzungen	73
b) Gründungsmängel	73
II. Die Organisation der kommunalen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften	74
1. Die Organisation der gemischtwirtschaftlichen GmbH	74
a) Die Geschäftsführung	74
b) Die Gesellschafterversammlung	75
c) Der Aufsichtsrat	76
2. Die Organisation der gemischtwirtschaftlichen AG	77
a) Der Vorstand	77

b) Die Hauptversammlung . . . . .	79
c) Der Aufsichtsrat . . . . .	79
III. Die Kontrolle der GmbH und der AG mit kommunaler Beteiligung . . . . .	80
1. Die Kontrolle in der GmbH . . . . .	80
2. Die Kontrolle der kommunalen Aufsichtsratsmitglieder . . . . .	80
3. Die Kontrolle der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung . . . . .	82
IV. Der kommunale Einfluss auf Vertrags- und Satzungsmodifikationen . . . . .	82
1. Die Änderung des Gesellschaftsvertrages in der GmbH . . . . .	82
2. Die Satzungsänderung in der AG . . . . .	83
B. Das Recht der Gemeindeordnungen und Kommunalverfassungen als Beschränkung . . . . .	83
I. Die Eingrenzung der Rechtsformenwahl . . . . .	83
II. Die Beschränkung des Gesellschaftszweckes . . . . .	85
1. Öffentlicher Zweck . . . . .	85
2. Subsidiarität der Zweckerfüllung . . . . .	85
III. Die Wahrung des gemeindlichen Einflusses in den Gesellschaftsgremien . . . . .	86
IV. Die Berichtspflichten . . . . .	88
V. Die Rechtsaufsicht . . . . .	89
Dritter Abschnitt. Zusammenfassung der Ausführungen über die kommunalen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften und Ausblick . . . . .	89
<b>Zweites Kapitel. Die <i>société d'économie mixte locale</i> in Frankreich. . . . .</b>	<b>91</b>
Erster Abschnitt. Die <i>société d'économie mixte locale</i> als einzige kommunale Gesellschaft mit privater Beteiligung in Frankreich . . . . .	92
A. Begriffsbestimmung . . . . .	92
I. Die <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	92
II. Der <i>service public local</i> . . . . .	93
III. Das <i>partenariat public-privé</i> . . . . .	94
IV. Die <i>collectivités territoriales</i> . . . . .	94
V. Der <i>intérêt général</i> . . . . .	95
B. Die historische Entwicklung der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	96
C. Die wirtschaftliche Bedeutung der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	99
D. Rechtliche Grundlagen der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	100
I. Die verfassungsrechtliche Grundlage für die wirtschaftliche Betätigung der französischen Kommunen . . . . .	100
II. Die einfachgesetzlichen Grundlagen . . . . .	101
1. Die Regelungen im Gesetz über die Gebietskörperschaften . . . . .	102

2.	Die Regelungen im französischen Handelsgesetzbuch	103
3.	Die Regelungen im französischen Strafgesetzbuch	104
III.	Unionsrechtliche Grundlagen	104
1.	Die Verpflichtung zu fairem Wettbewerb	104
2.	Die Publizitätserfordernisse im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen	105
E.	Andere Formen von ÖPP auf kommunaler Ebene	105
I.	Typische privatrechtliche IÖPP	106
1.	Der nichtwirtschaftliche Verein ( <i>association</i> )	106
2.	Die Arbeitsgemeinschaft ( <i>groupement d'intérêt économique</i> ) und die europäische Arbeitsgemeinschaft ( <i>groupement européen d'intérêt économique</i> )	107
3.	Sonstige gemischtwirtschaftliche Gesellschaften	108
II.	Keine IÖPP in öffentlich-rechtlichen Rechtsformen	109
1.	Die Gemeinschaft des öffentlichen Interesses ( <i>groupement d'intérêt public</i> )	110
2.	Die öffentlichen Erschließungsgesellschaften der Gebietskörperschaften ( <i>sociétés publiques locales d'aménagement</i> )	112
3.	Die lokalen öffentlichen Gesellschaften der Gebietskörperschaften ( <i>sociétés publiques locales</i> )	112
III.	Vertragliche ÖPP	113
IV.	Beteiligung an ausländischen ÖPP	114
Zweiter Abschnitt. Die <i>société d'économie mixte locale</i> im Spannungsfeld zwischen öffentlichem und privatem Recht		115
A.	Die Anwendung von Gesellschaftsrecht auf die <i>société d'économie mixte locale</i>	115
I.	Die Errichtung der <i>société d'économie mixte locale</i>	116
1.	Die Neugründung einer <i>société d'économie mixte locale</i>	116
a)	Die Gründungsakte	116
(1)	Der privatrechtliche Gründungsvertrag	116
(2)	Der öffentlich-rechtliche Beschluss	117
b)	Die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister	118
c)	Gründungsmängel	119
2.	Die Beteiligung an einer bestehenden <i>société d'économie mixte locale</i>	119
3.	Die Umwandlung in eine <i>société d'économie mixte locale</i>	120
II.	Die Organisation der <i>société d'économie mixte locale</i>	120
1.	Die Hauptversammlungen als Entscheidungsträger	121
a)	Die ordentliche Hauptversammlung ( <i>l'assemblée générale ordinaire</i> )	121
b)	Die außerordentliche Hauptversammlung ( <i>l'assemblée générale extraordinaire</i> )	122

2.	Die Leitung und Geschäftsführung der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	123
a)	Der Verwaltungsrat und sein Präsident ( <i>le conseil d'administration et son président directeur général</i> ) . . . . .	123
b)	Der Aufsichtsrat und das Direktorium ( <i>le conseil de surveillance et le directoire</i> ) . . . . .	125
III.	Die interne Kontrolle der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	126
1.	Der Rechnungsprüfer ( <i>le commissaire aux comptes</i> ) . . . . .	126
a)	Aufgaben des Rechnungsprüfers . . . . .	126
b)	Die Haftung des Rechnungsprüfers . . . . .	127
2.	Die Kontrolle durch die Gesellschafter . . . . .	127
a)	Die Information über die Angelegenheiten der Gesellschaft . . . . .	128
b)	Die Kontrolle über die Ausübung des Stimmrechts . . . . .	128
IV.	Die Behandlung der <i>société d'économie mixte locale</i> in wirtschaftlichen Schwierigkeiten . . . . .	129
V.	Das Steuersystem und die Buchführung in der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	130
1.	Das Steuersystem der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	130
2.	Die Buchführung in der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	132
a)	Die Einordnung in das allgemeine Buchführungswesen . . . . .	132
b)	Die strengeren Regeln für bevollmächtigte <i>sociétés d'économie mixte locales</i> . . . . .	133
c)	Die Einziehung von öffentlichen Erträgen durch eine <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	133
B.	Der Einfluss öffentlich-rechtlicher Normen auf die <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	134
I.	Die gesetzliche Festlegung des Gesellschaftszweckes . . . . .	134
1.	Die traditionellen Einsatzbereiche . . . . .	135
a)	Die Erschließung . . . . .	135
b)	Der Bau . . . . .	135
c)	Die Bewirtschaftung von öffentlichen Gewerbebetrieben . . . . .	136
d)	Die Aktivitäten für das Gemeinwohl . . . . .	136
2.	Neuere Einsatzfelder . . . . .	139
a)	Die Intervention im Gesundheitssektor . . . . .	139
b)	Die Verwaltung von Häfen, Flughäfen und lokalem Vermögen . . . . .	139
c)	Der Bau und die Erschließung von Telekommunikationsnetzen . . . . .	140
d)	Die Verwaltung eines lokalen Fernsehsenders . . . . .	141

3.	Die <i>sociétés d'économie mixte locales</i> mit verschiedenen Aktivitäten . . . . .	141
4.	Die <i>sociétés d'économie mixte locales</i> mit speziellen Regeln . . . . .	141
a)	Die Sport-SEML ( <i>sociétés d'économie mixtes sportives locales</i> ) . . . . .	141
b)	Die <i>sociétés d'économie mixte locales</i> in Elsass-Lothringen . . . . .	142
c)	Die <i>sociétés d'économie mixte locales</i> in den französischen Überseegebieten . . . . .	143
II.	Die veränderten Regeln zu den Einlagen der Gebietskörperschaften . . . . .	144
1.	Erhöhtes Mindestkapital . . . . .	144
2.	Das Prinzip der Mehrheitsbeteiligung . . . . .	144
3.	Die Ausnahmen vom Prinzip der Mehrheitsbeteiligung . . . . .	146
4.	Die Modifikationen des Kapitals der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	147
a)	Die Beteiligung der Gebietskörperschaft bei Kapitalveränderungen . . . . .	148
b)	Der Rückzug einer Gebietskörperschaft aus dem Kapital einer <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	148
c)	Teilweise Veräußerung . . . . .	149
d)	Die Umwandlung einer <i>société d'économie mixte locale</i> in eine <i>société anonyme</i> . . . . .	150
e)	Die Auflösung der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	150
III.	Die Vertretung der Gebietskörperschaften in der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	150
1.	Die Zusammensetzung von Verwaltungs- oder Aufsichtsrat . . . . .	150
a)	Die direkte Vertretung im Verwaltungs- oder Aufsichtsrat . . . . .	151
b)	Die indirekte Vertretung in der besonderen Versammlung . . . . .	151
c)	Die Entmachtung der Hauptversammlungen . . . . .	152
2.	Die Vertreter der Gebietskörperschaften . . . . .	153
a)	Die Benennung und Abberufung . . . . .	153
b)	Die Altersgrenzen . . . . .	153
c)	Die Vergütung der gewählten Vertreter . . . . .	154
d)	Die Vereinbarkeit von Abgeordnetenmandat und Repräsentation der Gebietskörperschaft in der SEML . . . . .	154
(1)	Die Qualifizierung als lokaler Unternehmer i. S. d. französischen Wahlgesetzbuches . . . . .	155
(2)	Die Beteiligung an Beschlüssen der Gebietskörperschaften . . . . .	155

	(3) Die Beteiligung an Ausschreibungsverfahren und an Beleihungen . . . . .	156
3.	Das Mandat der Vertreter der Gebietskörperschaften . . . . .	156
	a) Die Dauer des Mandats . . . . .	156
	b) Die Verlängerung des Mandats . . . . .	157
	c) Die Häufung von Funktionen . . . . .	157
	d) Benennung und Dauer des Mandats eines speziel- len Delegierten . . . . .	158
4.	Die Haftung der Vertreter der Gebietskörperschaften . . . . .	158
	a) Die zivilrechtliche Haftung . . . . .	158
	b) Die strafrechtliche Haftung . . . . .	159
	c) Die disziplinarische Haftung . . . . .	161
IV.	Die Kontrolle der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	162
1.	Interne Kontrolle durch die beteiligten Gebietskörper- schaften . . . . .	162
	a) Die Entscheidung über die Beteiligung an einer <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	162
	b) Der Jahresbericht des Bevollmächtigten . . . . .	163
	c) Die Kontrolle des Spezialdelegierten . . . . .	163
	d) Die Kontrolle der mit den Gebietskörperschaften vertraglich verbundenen <i>sociétés d'économie mixte locales</i> . . . . .	163
	e) Die Kontrolle der hoheitliche Gewalt ausübenden <i>sociétés d'économie mixte locales</i> . . . . .	163
2.	Externe hoheitliche Kontrolle . . . . .	164
	a) Aufsicht des staatlichen Vertreters ( <i>le préfet</i> ) . . . . .	164
	(1) Die staatliche Kontrolle über die Beschlüsse der Gebietskörperschaft . . . . .	164
	(2) Die staatliche Kontrolle über die <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	166
	b) Aufsicht durch die regionale Rechnungskammer ( <i>la chambre régionale des comptes</i> ) . . . . .	166
	(1) Die Überprüfung des eingegangenen Risikos . . . . .	167
	(2) Die finanzielle Kontrolle durch die regionalen Rechnungskammern . . . . .	167
	c) Die Erweiterung des Haushaltsplans der Gemeinde durch die Rechnungslegung der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	168
	d) Die einstweilige Verfügung zum Abschluss eines Vertrages . . . . .	168
	e) Die Überprüfung durch die staatlichen Verwal- tungskontrollorgane . . . . .	168
	f) Die Weiterleitung von sonstigen Dokumenten über Rechtsgeschäfte der <i>société d'économie mixte locale</i> . . . . .	169

Dritter Abschnitt. Zusammenfassung der Ausführungen über die <i>société d'économie mixte locale</i> und Ausblick . . . . .	170
<b>Drittes Kapitel. Möglichkeiten und Grenzen einer Übertragung des französischen Modells auf das deutsche Rechtssystem</b> . . . . .	173
Erster Abschnitt. Die praktischen Grenzen des Rechtsvergleichs im Verwaltungsrecht . . . . .	174
A. Der Regelungsbedarf für IÖPP als Grenze des Rechtsvergleichs . . . . .	175
I. Der Regelungsbedarf für IÖPP . . . . .	175
1. Auseinandersetzung mit der Kritik an IÖPP . . . . .	175
2. Der tatsächliche Regelungsbedarf als Grenze des Vergleichs . . . . .	179
II. Das französische Modell als ein mögliches Regelungsbeispiel . . . . .	179
B. Plädoyer für die Vergleichbarkeit von deutschem und französischem Verwaltungsrecht . . . . .	180
I. Deutsche und französische Verwaltungsrechtswissenschaft und die Methodik des Rechtsvergleichs . . . . .	181
1. Traditioneller wechselseitiger Einfluss auf beide Rechtssysteme seit Beginn des 19. Jahrhunderts . . . . .	184
a) Der <i>Code civil</i> und seine Auswirkungen auf das deutsche Rechtssystem . . . . .	184
b) Die Systematisierungsprozesse des Verwaltungsrechts Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts . . . . .	185
c) Verflechtung der Rechtsstrukturen in den deutsch-französischen Grenzregionen . . . . .	186
2. Interdependente Rechtsentwicklungen in Europa . . . . .	187
a) EU-Recht mit Auswirkungen für die EU-Mitgliedstaaten . . . . .	187
b) Einflüsse der EU-Mitgliedstaaten auf das Unionsrecht . . . . .	188
3. Keine aktuellen deutsch-französischen Vergleiche in der Verwaltungsrechtswissenschaft . . . . .	188
a) Das konjunkturelle Interesse an der Rechtsvergleichung mit dem angelsächsischen System . . . . .	188
b) Die Lobbyarbeit der Wirtschaft für die ÖPP . . . . .	191
c) Vom Nutzen des Vergleichs für die Verwaltungsrechtswissenschaft . . . . .	192
II. Der französische Zentralismus und der deutsche Föderalismus als Ausgangspunkt für unterschiedliche Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	193
III. Französische Formenvielfalt und Formalisierung . . . . .	195

Zweiter Abschnitt. Vergleich der französischen und deutschen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung	196
A. Die Gemeinsamkeiten der deutschen und französischen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften	197
I. Die Rechtsform der privatrechtlichen Handelsgesellschaft	197
1. Die Handelsgesellschaft als klassischer Wirtschaftsakteur in Deutschland und Frankreich	197
2. Die Harmonisierung des deutschen und französischen Gesellschaftsrechts	197
II. Die Errichtung und die Organisation gemischtwirtschaftlicher Gesellschaften nach nationalem Gesellschaftsrecht	199
1. Der Vorrang des Gesellschaftsrechts bei der Errichtung und Organisation der gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft	199
2. Die Parallelität der französischen und deutschen Vor- gaben für die Errichtung und Organisation der gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften	200
III. Die Einschränkung des Gesellschaftszweckes	201
1. Öffentlicher Zweck und öffentliches Interesse ( <i>intérêt                 général</i> )	202
2. Überlegungen zur Erweiterung des Tätigkeitsfeldes deutscher gemischtwirtschaftlicher Gesellschaften	203
B. Die Unterschiede zwischen den deutschen und den französi- schen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften	204
I. Die Festlegung auf eine Rechtsform in Frankreich	204
II. Die Mindestkapitalbeteiligung	205
III. Die Kontroll- und Einflussmöglichkeiten auf die Vertreter der Gebietskörperschaften	207
IV. Die nachträgliche Änderung der Satzung oder des Gesell- schaftsvertrages	209
V. Die übergemeindliche Kontrolle	211
C. Europarechtliche Gesichtspunkte und mögliche Entwicklun- gen	213
I. Die bessere Vereinbarkeit mit Unionsrecht	213
II. Die europäische gemischtwirtschaftliche Gesellschaft	216
1. Die <i>Societas Europaea</i> (SE)	216
2. Überlegungen zur Einführung einer gemischtwirt- schaftlichen europäischen Gesellschaft	217
D. Zwischenergebnis	219
Dritter Abschnitt. Die Übertragbarkeit der französischen Regelungen in das deutsche Recht	220
A. Modifikationen auf der Ebene des Bundesrechts	221
I. Die Gesetzgebungskompetenz	221
II. Kein Eingriff in die Selbstverwaltungsgarantie	222
III. Modifikationen im Recht der AG und im Recht der GmbH	222

B.	Modifikationen auf der Ebene des Landesrechts . . . . .	224
I.	Die Änderung der Gemeindeordnungen und Kommunalverfassungen . . . . .	224
II.	Die Änderung des Haushaltsrechts . . . . .	225
C.	Die Übernahme des französischen Modells in den Gesellschaftsvertrag . . . . .	226
I.	Flexible Gestaltung des Gesellschaftsvertrags nach dem französischen Modell . . . . .	226
II.	Vorschlag für mögliche Gesellschaftsvertragsänderungen . . . . .	227
	Vierter Abschnitt. Zusammenfassung und Ausblick . . . . .	227
	<b>Anhang. Übersetzung der Art. L1521–1 bis L1525–3 des <i>Code général des collectivités territoriales</i> . . . . .</b>	<b>231</b>
	<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>248</b>
	<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>277</b>